

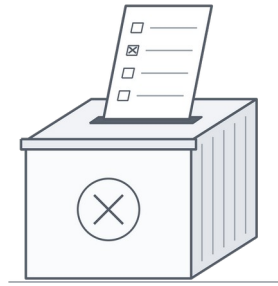
Sozialkunde Klasse 12

Thema: Übung zum Abitur – Materialanalyse und politisches Urteil

Name: _____ Datum: _____

Punkte: _____ / 51 Note: _____

Unterschrift: _____



Teil A: Das politische System der Bundesrepublik

Werten Sie die Materialien M1 und M2 **aus** und **bearbeiten** Sie die Aufgaben 1 bis 4.

M1 • Kommentar

Sechzehn Wege zum Abitur

Kommentar der fiktiven Journalistin Miriam Hollweg (für diese Übung verfasst)

Wer mit schulpflichtigen Kindern von einem Bundesland in ein anderes zieht, lernt den deutschen Föderalismus von seiner mühsamen Seite kennen: andere Lehrpläne, andere Schulformen, andere Prüfungen. Das Grundgesetz will es so. Nach Artikel 30 und 70 sind die Länder für alles zuständig, was der Bund nicht ausdrücklich regeln darf, und die Bildung gehört zum Kern dieser „Kulturhoheit“.

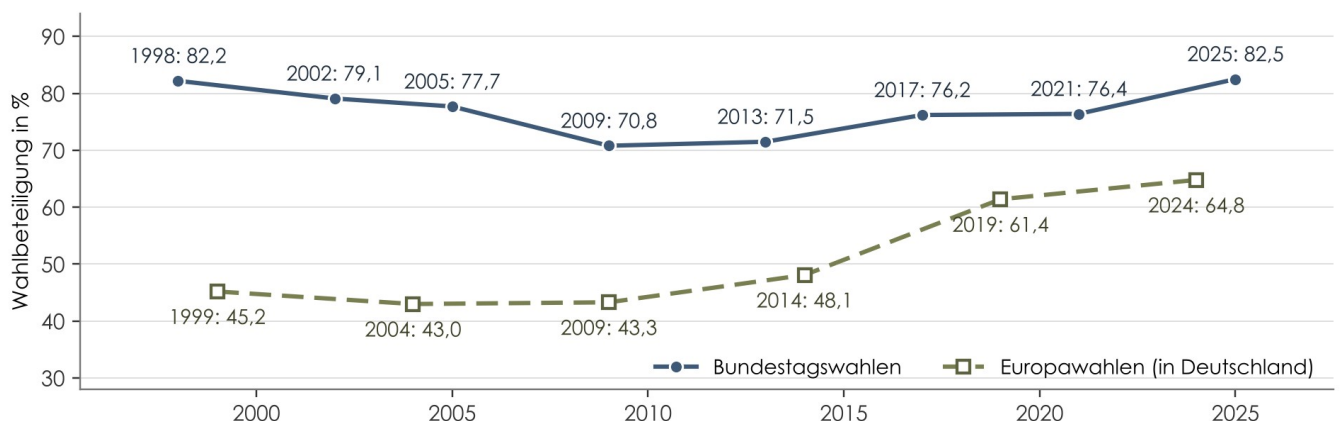
Die Befürworter dieser Ordnung haben gute Gründe. Föderalismus verteilt Macht und schützt vor einer allmächtigen Zentrale. Er erlaubt den Ländern, Neues auszuprobieren: Gelingt ein Modell, können andere es übernehmen. Zudem kennen Landesregierungen ihre Schulen besser als ein Ministerium in Berlin.

Doch aus dem Wettbewerb der Ideen ist längst ein Nebeneinander geworden. Gemeinsame Standards entstehen in der Kultusministerkonferenz oft erst nach Jahren. Damit der Bund den Schulen Geld für die Digitalisierung geben durfte, musste eigens das Grundgesetz geändert werden. Leidtragende sind Schülerinnen und Schüler, deren Chancen stärker vom Wohnort abhängen, als es das Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ erlaubt.

Niemand muss die Länder entmachten. Ein Bundesrahmen mit verbindlichen Abschlusstandards, gegenseitiger Anerkennung und einer dauerhaften Mitfinanzierung durch den Bund wäre kein Angriff auf den Föderalismus, sondern seine Modernisierung. Eine solche Reform bräuchte allerdings eine Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat, also die Zustimmung der Länder selbst. Es wird Zeit, dass sie ihre Kulturhoheit nicht länger als Besitzstand verteidigen, sondern als Verantwortung begreifen.

M2 Wahlbeteiligung in Deutschland

Selbst erstellte Statistik, Werte gerundet und vereinfacht



1 **Untersuchen** Sie den Kommentar M1.

a) Welche Aussage gibt die Position der Autorin am besten wieder?

Kreuzen Sie **an**. (AFB I)

- ☐ Die Schulen sollen ganz dem Bund unterstellt werden.
- ☐ Ein Bundesrahmen soll kommen, die Länder bleiben zuständig.
- ☐ Der Bildungsföderalismus soll unverändert bleiben.

b) **Geben** Sie die Argumentation der Autorin strukturiert **wieder**. (AFB I)

___ / 5

2 **Erläutern** Sie, wie die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken, und **erklären** Sie, warum die geforderte Reform „die Zustimmung der Länder selbst“ braucht (Z. 19–20). (AFB II)

___ / 4

3 **Werten** Sie die Statistik M2 **aus**.

a) **Prüfen** Sie die Aussagen anhand von M2. **Kreuzen** Sie **an**. (AFB I)

Aussage zur Wahlbeteiligung	richtig	falsch
Sie war bei Bundestagswahlen stets höher.	☐	☐
Ihr Tiefstwert bei Bundestagswahlen war 2013.	☐	☐
Bei Europawahlen stieg sie 2014–2024 um über 15 Prozentpunkte.	☐	☐
Sie sank bei Bundestagswahlen seit 1998 ständig.	☐	☐

b) **Erläutern** Sie mögliche Gründe für den Unterschied zwischen beiden Wahlen und für den Anstieg bei den Europawahlen. **Zeigen** Sie eine Grenze von M2 **auf**. (AFB II)

___ / 8

- 4 **Beurteilen** Sie die Forderung der Autorin nach einem verbindlichen Bundesrahmen für die Bildung (Z. 16–22). **Beziehen** Sie Ihr Wissen über den Föderalismus **ein**. (AFB III)

Achtung: Schreiben Sie Ihre Antwort auf ein gesondertes Blatt.

___ / 8

Teil B: Die Europäische Union

M3 Beschreibung einer Karikatur

Für diese Übung erfundene Karikatur, nur in Worten beschrieben

Auf unruhigem Wasser liegt ein langes Ruderboot mit der Aufschrift „EU-Außenpolitik“. Darin sitzen 27 Ruderinnen und Ruderer, jede und jeder mit einer eigenen kleinen Fahne. Sie rudern kräftig, aber in verschiedene Richtungen; das Boot dreht sich im Kreis. Ein Ruderer hat sein Ruder quer über das Boot gelegt und hält ein Schild mit der Aufschrift „Veto“ hoch. Am Heck steht eine Steuerfrau mit Megafon und ruft: „Wir fahren los, sobald alle einverstanden sind!“ Am Horizont ziehen dunkle Gewitterwolken auf, und zwei große Motorschiffe fahren zielstrebig an dem Boot vorbei. Bildunterschrift: „Kurs halten – nur welchen?“

- 5 **Untersuchen** Sie die Entscheidungsverfahren der EU.

- a) Wie entscheidet der Rat in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel? **Kreuzen** Sie **an**. (AFB I)

☐ mit einfacher
Mehrheit

☐ mit qualifizierter
Mehrheit

☐ einstimmig

- b) **Deuten** Sie die Bildelemente der Karikatur M3. (AFB II)

Bildelement	Deutung
Ruderboot „EU-Außenpolitik“ mit 27 Ruderern, jeder mit einer eigenen Fahne	
Ruderer mit dem Schild „Veto“; Steuerfrau: „... sobald alle einverstanden sind!“	
Gewitterwolken; Motorschiffe fahren zielstrebig vorbei	

- c) **Formulieren** Sie die Aussage des Zeichners und **ordnen** Sie sie in die Entscheidungsverfahren der EU **ein**. (AFB II)

___ / 8

- 6 **Beurteilen** Sie die Forderung, die EU solle in der Außenpolitik künftig mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig entscheiden. (AFB III)

Achtung: Schreiben Sie Ihre Antwort auf ein gesondertes Blatt.

___ / 6

Teil C: Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

- 7 **Ordnen** Sie die Maßnahmen der Ordnungs- oder der Prozesspolitik **zu**.
Kreuzen Sie **an**. (AFB I)

Maßnahme	Ordnungs- politik	Prozess- politik
Das Kartellrecht wird verschärft.	☐	☐
Der Staat gibt in der Rezession mehr aus.	☐	☐
Der Kündigungsschutz wird reformiert.	☐	☐
Die Zentralbank senkt den Leitzins.	☐	☐
Das Tarifvertragsgesetz wird geändert.	☐	☐
Kurzarbeitergeld wird befristet verlängert.	☐	☐

___ / 3

- 8 **Bearbeiten** Sie das Fallbeispiel.

Fallbeispiel (fiktiv): Ein Chiphersteller will in einer strukturschwachen Region eine Fabrik mit rund 2 500 Arbeitsplätzen bauen, wenn der Staat dafür 3 Milliarden Euro Förderung zahlt. Befürworter verweisen auf Arbeitsplätze und weniger Abhängigkeit von Importen, Kritiker auf die hohen Kosten und Nachteile für andere Unternehmen.

- a) **Erläutern** Sie, welche Ziele des magischen Vierecks berührt sind, und einen möglichen Zielkonflikt. (AFB II)

- b) **Beurteilen** Sie die staatliche Förderung vor dem Hintergrund der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. (AFB III)

Achtung: Schreiben Sie Ihre Antwort auf ein gesondertes Blatt.

___ / 9

Lösung: Übung zum Abitur: Materialanalyse und politisches Urteil

Insgesamt sind 51 Punkte erreichbar, halbe Punkte sind möglich.

Note 1	Note 2	Note 3	Note 4	Note 5	Note 6
51–46 P.	45,5–41 P.	40,5–33,5 P.	33–25,5 P.	25–15,5 P.	15–0 P.

Teil A: Das politische System der Bundesrepublik

1 **Untersuchen** Sie den Kommentar M1.

a) Welche Aussage gibt die Position der Autorin am besten wieder?

Kreuzen Sie **an**. (AFB I)

- ☐ Die Schulen sollen ganz dem Bund unterstellt werden.
- ☒ Ein Bundesrahmen soll kommen, die Länder bleiben zuständig.
- ☐ Der Bildungsföderalismus soll unverändert bleiben.

b) **Geben** Sie die Argumentation der Autorin strukturiert **wieder**. (AFB I)

Ausgangslage (Z. 1–5): Wer innerhalb Deutschlands umzieht, trifft auf andere Lehrpläne, Schulformen und Prüfungen; nach Art. 30 und 70 GG liegt die Bildung als Kern der Kulturhoheit bei den Ländern.

Argumente der Befürworter (Z. 6–9): Machtverteilung, Schutz vor einer übermächtigen Zentrale, Länder als Experimentierfeld, größere Nähe zu den Schulen. Kritik der Autorin (Z. 10–15): Statt Wettbewerb gebe es ein Nebeneinander, die KMK einigte sich nur langsam, für Bundesgeld zur Digitalisierung sei eine Grundgesetzänderung nötig gewesen; Bildungschancen hingen vom Wohnort ab, was dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse widerspreche. Forderung (Z. 16–22): Bundesrahmen mit verbindlichen Abschlusstandards, gegenseitiger Anerkennung und Mitfinanzierung als „Modernisierung“ des Föderalismus; Hürde: Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat; Appell an die Länder, ihre Kulturhoheit als Verantwortung zu begreifen.

5 / 5

2 **Erläutern** Sie, wie die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mitwirken, und **erklären** Sie, warum die geforderte Reform „die Zustimmung der Länder selbst“ braucht (Z. 19–20). (AFB II)

Die Länder wirken über den Bundesrat mit (Art. 50 GG). Er besteht aus Mitgliedern der Landesregierungen (je nach Einwohnerzahl 3 bis 6 Stimmen je Land), hat ein Initiativrecht und nimmt zu Regierungsentwürfen Stellung. Einspruchsgesetze kann der Bundestag gegen den Bundesrat durchsetzen; Zustimmungsgesetze (z. B. wenn Finanzen oder Verwaltung der Länder betroffen sind) scheitern ohne die Mehrheit im Bundesrat. Eine Grundgesetzänderung braucht zwei Drittel der Mitglieder des Bundestages und zwei Drittel der Stimmen des Bundesrates (Art. 79 Abs. 2 GG); die Länder müssen also selbst Zuständigkeiten abgeben. Ihre grundsätzliche Mitwirkung ist nach Art. 79 Abs. 3 GG unantastbar.

4 / 4

3 Werten Sie die Statistik M2 aus.

a) Prüfen Sie die Aussagen anhand von M2. Kreuzen Sie an. (AFB I)

Aussage zur Wahlbeteiligung	richtig	falsch
Sie war bei Bundestagswahlen stets höher.	☒	☐
Ihr Tiefstwert bei Bundestagswahlen war 2013.	☐	☒
Bei Europawahlen stieg sie 2014–2024 um über 15 Prozentpunkte.	☒	☐
Sie sank bei Bundestagswahlen seit 1998 ständig.	☐	☒

b) Erläutern Sie mögliche Gründe für den Unterschied zwischen beiden Wahlen und für den Anstieg bei den Europawahlen. Zeigen Sie eine Grenze von M2 auf. (AFB II)

Unterschied: Die Bundestagswahl gilt als „Hauptwahl“, weil sie über die Regierungsbildung im Bund entscheidet und ihre Folgen unmittelbar spürbar erscheinen; die Europawahl wird oft als „Nebenwahl“ mit geringerer Bedeutung wahrgenommen (weniger Medienpräsenz, ferne Institutionen, keine Regierungsbildung wie im nationalen System). Anstieg seit 2014: europäische Themen werden stärker politisiert und öffentlich diskutiert (z. B. Klima, Migration, Austritt Großbritanniens), Spitzenkandidaten personalisieren die Wahl, 2024 durften in Deutschland erstmals 16-Jährige wählen. Grenze: M2 zeigt nur Gesamtwerte; wer (Alter, Bildung, Einkommen) wählt oder fernbleibt und warum, lässt sich nicht ablesen; die Wahljahre und die Wahlberechtigten der beiden Wahlen sind nicht gleich.

8 / 8

4 Beurteilen Sie die Forderung der Autorin nach einem verbindlichen Bundesrahmen für die Bildung (Z. 16–22). Beziehen Sie Ihr Wissen über den Föderalismus ein. (AFB III)

Achtung: Schreiben Sie Ihre Antwort auf ein gesondertes Blatt.

Erwartungshorizont: Einleitung mit Bezug auf die Forderung (M1) und Leitfrage. Argumente für einen Bundesrahmen: Mobilität von Familien und Vergleichbarkeit der Abschlüsse; Chancengerechtigkeit und Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse; unterschiedliche Finanzkraft der Länder; schnellere, verlässliche Finanzierung (z. B. Digitalisierung, Ganzttag) statt Einzelvereinbarungen. Argumente dagegen: vertikale Gewaltenteilung und Schutz vor Machtkonzentration; Subsidiarität und Nähe zu den Schulen; Länder als „Labor“ für Reformen; Gefahr der Vereinheitlichung auf niedrigem Niveau; der Bund ist nicht automatisch besser; gemeinsame Bildungsstandards und Vereinbarungen der Länder gibt es bereits. Abwägendes, begründetes Urteil; sowohl Zustimmung als auch Ablehnung sind möglich, wenn sie schlüssig begründet sind. Darstellung: Fachbegriffe (Kulturhoheit, Bundesrat, Art. 79 GG), Bezug auf M1, klare Gliederung.

8 / 8

Teil B: Die Europäische Union

5 **Untersuchen** Sie die Entscheidungsverfahren der EU.

a) Wie entscheidet der Rat in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik in der Regel? **Kreuzen** Sie **an**. (AFB I)

☐ mit einfacher Mehrheit

☐ mit qualifizierter Mehrheit

☒ einstimmig

b) **Deuten** Sie die Bildelemente der Karikatur M3. (AFB II)

Bildelement	Deutung
Ruderboot „EU-Außenpolitik“ mit 27 Ruderern, jeder mit einer eigenen Fahne	Die 27 Mitgliedstaaten sollen eine gemeinsame Außenpolitik betreiben, verfolgen aber eigene nationale Interessen; das Boot dreht sich im Kreis: die EU ist kaum handlungsfähig.
Ruderer mit dem Schild „Veto“; Steuerfrau: „... sobald alle einverstanden sind!“	Einstimmigkeitsprinzip: Ein einzelner Staat kann jede Entscheidung blockieren; die Hohe Vertreterin (Steuerfrau) kann nur appellieren, nicht durchsetzen.
Gewitterwolken; Motorschiffe fahren zielstrebig vorbei	Internationale Krisen und Konflikte; andere Großmächte handeln schneller und geschlossener, die EU verliert an Einfluss.

c) **Formulieren** Sie die Aussage des Zeichners und **ordnen** Sie sie in die Entscheidungsverfahren der EU **ein**. (AFB II)

Aussage: Der Zeichner kritisiert, dass die EU in der Außenpolitik wegen des Einstimmigkeitsprinzips kaum handlungsfähig ist; schon ein Staat kann mit seinem Veto alles blockieren, während sich die Welt krisenhaft verändert. Einordnung: In der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik entscheiden Europäischer Rat und Rat in der Regel einstimmig (intergouvernemental, Art. 24 und 31 EUV). Im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren beschließen dagegen Parlament und Rat gemeinsam, der Rat mit qualifizierter Mehrheit (55 % der Mitgliedstaaten, die mindestens 65 % der EU-Bevölkerung vertreten).

8 / 8

6 **Beurteilen** Sie die Forderung, die EU solle in der Außenpolitik künftig mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig entscheiden. (AFB III)

Achtung: Schreiben Sie Ihre Antwort auf ein gesondertes Blatt.

Erwartungshorizont: Dafür: größere Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der EU (M3); keine Blockade oder Erpressung durch einzelne Staaten; mit jeder Erweiterung steigt die Zahl möglicher

Vetos; schnellere Reaktion auf Krisen. Dagegen: Außen- und Sicherheitspolitik als Kern staatlicher Souveränität (Fragen von Krieg und Frieden); demokratische Legitimation vor allem über nationale Parlamente; kleinere Staaten könnten überstimmt werden; überstimmt Staaten setzen Beschlüsse womöglich nicht um; Akzeptanzverlust. Mögliche Zwischenwege: konstruktive Enthaltung, Mehrheitsentscheidungen nur in Teilbereichen (z. B. Sanktionen, Menschenrechte) über die Brückenklause, militärische Fragen ausgenommen. Abwägendes, begründetes Urteil mit Fachbegriffen und Bezug auf M3.

6 / 6

Teil C: Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

- 7 **Ordnen** Sie die Maßnahmen der Ordnungs- oder der Prozesspolitik **zu**. **Kreuzen** Sie **an**. (AFB I)

Maßnahme	Ordnungs- politik	Prozess- politik
Das Kartellrecht wird verschärft.	☒	☐
Der Staat gibt in der Rezession mehr aus.	☐	☒
Der Kündigungsschutz wird reformiert.	☒	☐
Die Zentralbank senkt den Leitzins.	☐	☒
Das Tarifvertragsgesetz wird geändert.	☒	☐
Kurzarbeitergeld wird befristet verlängert.	☐	☒

3 / 3

- 8 **Bearbeiten** Sie das Fallbeispiel.

Fallbeispiel (fiktiv): Ein Chiphersteller will in einer strukturschwachen Region eine Fabrik mit rund 2 500 Arbeitsplätzen bauen, wenn der Staat dafür 3 Milliarden Euro Förderung zahlt. Befürworter verweisen auf Arbeitsplätze und weniger Abhängigkeit von Importen, Kritiker auf die hohen Kosten und Nachteile für andere Unternehmen.

- a) **Erläutern** Sie, welche Ziele des magischen Vierecks berührt sind, und einen möglichen Zielkonflikt. (AFB II)

Berührte Ziele: hoher Beschäftigungsstand (2 500 Arbeitsplätze, auch bei Zulieferern), stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum (Investition, Folgeansiedlungen), außenwirtschaftliches Gleichgewicht (weniger Importe von Chips). Zielkonflikt, z. B.: Beschäftigung und Wachstum gegen Preisniveaustabilität (zusätzliche Nachfrage, knappe Fachkräfte treiben Löhne und Preise) oder die Förderung gegen solide Staatsfinanzen und andere Ausgaben; im erweiterten Zielsystem auch gegen Umweltschutz (Flächen, Wasser, Energie).

- b) **Beurteilen** Sie die staatliche Förderung vor dem Hintergrund der Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. (AFB III)

Achtung: Schreiben Sie Ihre Antwort auf ein gesondertes Blatt.

Erwartungshorizont: Prinzipien benennen: Wettbewerb und Marktpreise als Grundlage, Staat setzt den Rahmen; Marktkonformität staatlicher Eingriffe; Subsidiarität; sozialer Ausgleich und regionale Strukturpolitik. Dafür: Arbeitsplätze und Perspektiven in einer strukturschwachen Region (sozialer Ausgleich); Versorgungssicherheit; andere Staaten fördern ebenfalls (Standortwettbewerb); Steuereinnahmen und Folgeinvestitionen. Dagegen: Wettbewerbsverzerrung und Benachteiligung anderer Unternehmen; Mitnahmeeffekte; der Staat ist kein besserer Investor; hohe Kosten je Arbeitsplatz (rund 1,2 Mio. Euro); Opportunitätskosten (Bildung, Infrastruktur); Risiko späterer Schließung; EU-Beihilferecht verlangt eine Genehmigung. Abwägendes, begründetes Urteil, gegebenenfalls mit Bedingungen (Standort- und Beschäftigungsgarantie, Rückzahlungsklauseln).